

**Anmerkungen zur Umfrage der IHK Region Stuttgart zu Stuttgart 21,  
veröffentlicht am 24.8.2011**

[http://www.stuttgart.ihk24.de/serviceleiste/presse/Pressemitteilungen/1513304/Umfraege\\_Stuttgart\\_21.html;jsessionid=295F1060C48677CC6391204F9BBE451F.rapl1](http://www.stuttgart.ihk24.de/serviceleiste/presse/Pressemitteilungen/1513304/Umfraege_Stuttgart_21.html;jsessionid=295F1060C48677CC6391204F9BBE451F.rapl1)

**1. Frage im IHK Fragebogen**

**Sind das Bahnprojekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart – Ulm für Sie ein entscheidendes Infrastruktur- und Investitionsprojekt für die Zukunft des Landes?**

Ein inhaltlicher Kritikpunkt bei dieser Frage ist die Vermengung von Neubaustrecke und Tiefbahnhof. Die Zustimmung zur Neubaustrecke ist ungleich größer als die zum Tiefbahnhof. Beide Teilprojekte müssten getrennt abgefragt werden. Weiterhin ist zu kritisieren, dass in der ganzen Umfrage die Alternative „Kopfbahnhof 21“ gar nicht erwähnt wird. Dies alles führt zu einer Verzerrung zugunsten einer Zustimmung zum Tiefbahnhofprojekt Stuttgart 21.

Diese Frage erfüllt außerdem nicht die Anforderung der Balanciertheit, die normalerweise an Fragen in Umfragen gestellt wird: „Fragen sollen zumindest *balanciert* formuliert sein, d.h. in der Frage sollten alle – negativen und positiven – Antwortmöglichkeiten enthalten sein, um die gleichwertige Berechtigung jeder vom Befragten gewählten Antwort zu demonstrieren. In einfachster Form sollte einer Frage wie „Sollte Frauen in der ersten Woche einer Schwangerschaft ein Schwangerschaftsabbruch auf Wunsch erlaubt werden oder sollte dies nicht erlaubt sein?“ der Vorzug vor einer Frage gegeben werden, die nur eine der Entscheidungsmöglichkeiten formuliert.“ (Schnell, Hill, Esser, Methoden der empirischen Sozialforschung, 6. Auflage, S. 313)

Im vorliegenden Fall wäre eine Möglichkeit, die Frage balanciert zu formulieren, wie folgt:

**Sind das Bahnprojekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart – Ulm für Sie ein entscheidendes Infrastruktur- und Investitionsprojekt für die Zukunft des Landes, oder sind sie eher der Meinung, dass diese Vorhaben keine entscheidenden Projekte für das Land sind?**

Allerdings stellt selbst diese Formulierung insofern noch keine Balance her, als viele Bürger der Meinung sind, dass diese Projekte zwar bedeutend sind, weil sie sehr große Investitionssummen binden, dass diese Investition aber viel besser in ein anderes Projekt vorgenommen werden sollte, nämlich die Erhaltung des Kopfbahnhofes. Um die Unbalanciertheit der Frage zu verdeutlichen, hier eine weitere Option, die eher die Sicht eines Gegners des Projektes widerspiegelt:

**Sind das Bahnprojekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart – Ulm aus Ihrer Sicht eine Fehlinvestition, weil der Nutzen in keinem Verhältnis zu den Kosten steht?**

Auch diese Formulierung verletzt natürlich eklatant das Kriterium der Balanciertheit. Sie verdeutlicht aber die fehlende Balance in der Frage 1 der Umfrage; diese transportiert ganz eindeutig eine zustimmende Meinung zu Stuttgart 21, was vermutlich eine Verzerrung verursacht.

**2. Frage im IHK Fragebogen  
Sind Sie für die Realisierung des Projekts?**

Auch diese Formulierung ist unbalanciert. Genauso unbalanciert wäre folgende Frage gewesen, die von der IHK als S21 Befürworterin natürlich nicht gestellt würde:

**Sind Sie gegen die Realisierung des Projekts?**

Eine balancierte Formulierung lautet:

**Sind Sie für die Realisierung des Projekts oder gegen die Realisierung des Projektes?**

**Frage 7 im IHK Fragebogen**

**Nach Entscheidungen auf kommunaler, Landes-, Bundes und europäischer Ebene und entsprechender Gerichts- und Genehmigungsverfahren hat die Bahn ein Baurecht. Teile der Landesregierung und der Bevölkerung lehnen das Projekt unverändert ab. Würde die Verhinderung des Projekts das Vertrauen Ihres Unternehmens in den Investitionsstandort Baden-Württemberg schwächen?**

Auch hier fehlt die Nennung der Alternative, dass dies keine Schwächung des Vertrauens bedeuten würde oder aber sogar eine Stärkung des Vertrauens zur Folge hätte, weil die Landesregierung durch einen Ausstieg aus einem Projekt mit unkalkulierbaren Kosten und fragwürdigem Nutzen einen verantwortungsvollen und gewissenhaften Umgang mit unseren Steuergeldern dokumentiert.